Die Logik der Konkurrenz

Michel Foucault und der Neoliberalismus

Ein unkritischer Blick auf den Neoliberalismus wird Michel Foucault, der im Oktober hundert Jahre alt geworden wäre, zuweilen vorgehalten. Tatsächlich aber war der französische Philosoph einer der ersten Kritiker dieses Paradigmas – und erkannte früh die besondere Rolle des Staates für neoliberale Politik.

Von THOMAS BIEBRICHER *und* KOLJA LINDNER

Am 15. Oktober dieses Jahres wäre der französische Machttheoretiker Michel Foucault hundert Jahre alt geworden. Daher häufen sich derzeit Würdigungen seines Schaffens. Die »taz« etwa publizierte gleich eine ganze Reihe von Texten zu Foucaults Werk. Dabei kam kaum ein Autor umhin, zwei heiße Eisen aus dem Spätwerk zumindest zu erwähnen, nämlich Foucaults »offensichtlicher Irrtum zu Chomeinis Iran«[1] und seine »überraschend positive Darstellung des Liberalismus«.[2] Während die Essays zur iranischen Revolution eine Reihe von bisher nur ungenügend diskutierten Fragen aufwerfen, die keinesfalls darauf reduziert werden können, dass Foucault »den Einschätzungen religiös inspirierter, konservativer iranischer Nationalisten gefolgt«[3] sei, wird über Foucaults Verhältnis zum Neoliberalismus bisweilen regelrecht obsessiv debattiert.

Die entsprechenden Überlegungen entwickelte Foucault in seinen Vorlesungen am Collège de France im Winter und Frühjahr 1979. Der Zyklus, der ihnen ein Jahr zuvor vorausging, hatte Foucault dem Problem der »Gouvernementalität« gewidmet – ein Begriff, mit dem er eine Regierungspraxis fasst, die mit verschiedenen Wissensformen und Techniken auf die Führung von Bevölkerung zielt. Anders als zunächst in der deutschen Rezeption vertreten wurde, schwebt Foucault dabei weniger eine Verkopplung von *gouvernement* (Regierung) und *mentalité* (Denken oder Denkweise) vor. Vielmehr ist *gouvernement/gouvernementalité* analog zu Musik/Musikalität oder Raum/Räumlichkeit zu sehen. Diese »Regierlichkeit« steht bei ihm als Machtmodell gegen die Paradigmen von Disziplin (Ausrichtung an Regel oder Gesetz) und Souveränität (Macht, der es um ihren Selbsterhalt geht). Grundsätzlich interessiert sich Foucault dabei für un-

THOMAS BIEBRICHER, *geb. 1974 in Heilbronn, ist Professor für politische Theorie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und u.a. Autor von »Die politische Theorie des Neoliberalismus« (Berlin 2021).*

KOLJA LINDNER, *geb. 1980 in Berlin, ist Associate Professor für politische Theorie an der Universität Paris 8 und u.a. Autor von »Marx, Marxism and the Question of Eurocentrism« (Cham 2022).*

1 Cord Riechelmann, Ein Mann der Metro und der Menge, taz.de, 14.2.2026.
2 Philipp Sarasin, Foucault und die Linke, taz.de, 22.3.2026.
3 Andreas Fanizadeh, Projektionen eines Intellektuellen, taz.de, 22.8.2026.

terschiedliche Handlungsformen und Praxisfelder, die in vielfältiger Weise auf die Lenkung und Leitung von Individuen und Kollektiven zielen (*conduire*). Entscheidend ist, dass diese Führungsmuster zwar herrschaftlich sind, aber nicht einfach auferlegt, sondern verinnerlicht werden: *conduire les conduites*, sozusagen die Anleitung zur Selbstführung.

Das zentrale Problem neoliberalen Regierens

Der Neoliberalismus ist vor diesem Hintergrund von Interesse, weil er Foucault zufolge eine neue Regierungsrationalität entwirft, die sich vom Paradigma staatlich-dirigistischer Eingriffe entfernt. Der innovative Charakter seiner Überlegungen wird im Kontrast zu zwei zeitgenössischen Gegenpolen deutlich: erstens der von Funktionalismus geprägten marxistischen Diskussion über den Staat[4] und zweitens der Fokussierung der französischen Linken auf eine primär repressive oder gar protofaschistische Staatlichkeit, die sich in der Auslieferung des vor den deutschen Strafverfolgern nach Frankreich geflohenen RAF-Anwalts Klaus Croissant nicht minder manifestieren würde als in den totalitären Staaten des Ostblocks.[5]

Dagegen schlägt Foucault vor, den Staat nicht von seinen Wirkungen her, sondern in seiner Genese zu denken. »Alles in allem ist der Staat vielleicht nur eine bunt zusammengewürfelte Wirklichkeit, eine mystifizierte Abstraktion, deren Bedeutung viel beschränkter ist, als man glaubt«, heißt es in der Vorlesung vom 1. Februar 1978. »Wichtig ist für unsere Modernität, das heißt unsere Gegenwart, nicht die Verstaatlichung der Gesellschaft, sondern das, was ich eher die ›Gouvernementalisierung‹ des Staates nennen würde.«[6]

Es geht Foucault also weniger um eine Bewertung des Neoliberalismus als um die Analyse der von diesem avisierten Transformation von Machtpraktiken. »Das Problem des Neoliberalismus«, sagte er daher ein gutes Jahr später, »besteht [...] darin, wie man die globale Ausübung der politischen Macht anhand von Prinzipien einer Marktwirtschaft regeln kann.«[7]

Um dieser Frage nachzugehen, wendet sich Foucault dem damals nahezu vergessenen »Gründungsmoment« des Neoliberalismus zu, dem Walter Lippmann Kolloquium. Auf diesem 1938 in Paris stattfindenden Treffen von Wissenschaftlern, Unternehmern und Politstrategen sollte durch die Kritik an ökonomischer Planung (die die Teilnehmer gleichermaßen als ein Charakteristikum von Sowjetunion, Faschismus und New Deal betrachteten) eine Neubegründung des Liberalismus unternommen werden. Diese Reformulierung wurde dabei ausdrücklich als Absetzung von einem reinen Wirtschaftsliberalismus im Sinne des »Laissez-faire« verstanden.[8] Der Markt, so analysierte Foucault Ende März 1979, würde dabei in gewisser Weise

4 Etwa die in den 1970er Jahren im deutschen Sprachraum intensiv geführte »Staatsableitungsdebatte« oder an die Auseinandersetzung zwischen Nicos Poulantzas und Ralph Miliband.

5 Alexander I. Solschenizyns »Der Archipel Gulag« wurde 1973 in Paris erstmals veröffentlicht und löste eine heftige Diskussion aus. Croissant hielt sich von Juli bis November 1977 in Frankreich auf und genoss dort die Unterstützung zahlreicher linker Intellektueller, etwa von Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir und Régis Debray. Vgl. Mouvement d'action judiciaire, L'affaire Croissant, Paris 1977.

6 Michel Foucault, Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France 1977-1978, Frankfurt a. M. 2004, S. 163 (Übers. korr.).

7 Michel Foucault, Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège de France 1978-1979, Frankfurt a. M. 2004, S. 187.

8 Vgl. Serge Audier und Jurgen Reinhoudt, Neoliberalismus. Wie alles anfing: Das Walter Lippmann Kolloquium, Hamburg 2019.

verabsolutiert beziehungsweise zum »Intelligibilitätsprinzip«[9] erhoben. Von seinem Standpunkt aus solle nicht nur eine Prüfung, sondern auch eine dauerhafte Kritik des Regierungshandelns ermöglicht werden.

Gleichzeitig lässt sich Foucault so verstehen, dass der Markt bei aller Verabsolutierung auch zum zentralen Problem des neoliberalen Regierens wird – und das ist es, was den französischen Machttheoretiker nicht zuletzt an den ordoliberalen Vorstellungen interessiert. So deutlich wie nirgendwo sonst im neoliberalen Denken wird hier nämlich die Rolle des Staates mit Blick auf eine Kultivierung des Marktes ausbuchstabiert. Märkte fallen nicht vom Himmel, sie müssen konstituiert und auch auf bestimmte Weise reguliert werden, damit die Konkurrenz, die auf ihnen stattfinden soll, dauerhaft aufrechterhalten wird. Damit liegt aber auch schon auf der Hand, dass der neoliberale Staat kein Minimalstaat sein kann und soll.

»Der neoliberale Staat kann und soll kein Minimalstaat sein.«

Diese Einsicht formuliert Foucault also schon früh, sie geht allerdings in der kritischen Neoliberalismusdiskussion der folgenden 25 Jahre weitgehend verloren. In dieser herrscht die Perspektive vor, dass Fluchtpunkt und Ideal des Neoliberalismus sich selbst regulierende Märkte und ein damit korrespondierender Minimalstaat seien – um dann festzustellen, dass der Staat nach vielen Jahren neoliberaler Hegemonie immer noch nicht in nennenswertem Maße bzw. bestenfalls äußerst selektiv geschrumpft ist.

Eine weitsichtige und fruchtbare Beschäftigung

Von den vielen Dingen, die an dieser Analyse bemerkenswert sind, seien hier neben der soeben dargestellten Einsicht nur noch zwei weitere herausgegriffen. Erstens ist die Beschäftigung Foucaults mit dem Neoliberalismus am Vorabend der »neoliberalen Revolution«, wie sie sich insbesondere infolge der Wahlsiege von Margaret Thatcher und Ronald Reagan im Mai 1979 bzw. November 1980 vollzog, allemal visionär. Zwar waren neoliberale Transformationen unter dem Eindruck des Ölpreisschocks von 1973 in verschiedenen Gewändern bereits im Gange – in staatsterroristischer Manier in Chile unter Augusto Pinochet, in sozialreformerischer Weise in der Bundesrepublik unter Helmut Schmidt und in interventionistischer Art in Frankreich unter Valéry Giscard d'Estaing. Aber dennoch war die grundsätzliche und weltweite Verschiebung, wie sie Ende der 1980er Jahre im Konsens von Washington formuliert wurde, zu diesem Zeitpunkt noch keinesfalls absehbar.[10]

In dieser Situation waren Foucaults Vorlesungen keine Apologie, sondern eine der ersten kritischen Analysen eines sich abzeichnenden politisch-ökonomischen Paradigmenwechsels. Sie können daher in einer Reihe mit den frühen regulationstheoretischen Studien (etwa Michel Aglietta 1976 publizierter Arbeit »Régulation et crises du capitalisme. L'expérience des États-Unis«) oder den hegemonietheore-

9 Foucault, Die Geburt der Biopolitik, a.a.O., S. 336 (Übers. korr.).

10 Gleiches gilt übrigens auch für das von Foucault in seinen Iran-Essays beschriebene Problem des politischen Islam. Dieser werde, so schreibt er bereits im November 1978 (also mehr als ein Jahr vor der sowjetischen Invasion in Afghanistan) »für unsere Zeit und die kommenden Jahre von zentraler Bedeutung« sein. Vgl. Michel Foucault, Schriften in vier Bänden. Bd. 3: 1976–1979, Frankfurt a.M. 2003, S. 887.

tischen Analysen aus dem Birminghamer Center for Contemporary Cultural Studies (wie die von Stuart Hall und anderen 1978 veröffentlichte Monografie »Policing the Crisis: Mugging, the State, and Law and Order«) gesehen werden.

Zweitens zeigt Foucault, welch grundsätzliche Verschiebung der Neoliberalismus im Vergleich zum klassisch liberalen Paradigma vollzieht. Für letzteres hatte er in seiner Studie »Überwachen und Strafen« von 1975 das Panoptikum als »allgemeine politische Formel, die einen Regierungstyp charakterisiert«[11], herausgearbeitet. Dabei geht es um Überwachung natürlicher Mechanismen, in die gegebenenfalls eingegriffen werden soll. Der Neoliberalismus entwickle dagegen eine nicht- bzw. antidisziplinarische Politik. Sein Regierungshandeln sei eine »Gesellschaftspolitik«: die »Organisation, Einrichtung und Kontrolle aller Wirkungen auf die Umwelt, die durch das Zusammenleben der Menschen oder durch die Entwicklung der Unternehmen und Produktionszentren hervorgerufen werden können«.[12]

»Foucault bestimmte Kritik als eine Art anarchische Verweigerung herrschaftlicher Zugriffe.«

Diese »aktive, intensive und interventionistische Sozialpolitik«[13] verankere die Logik von Markt bzw. Konkurrenz als regulatives Prinzip in der Gesellschaft. Es gehe diesem Typus von Macht nicht um Disziplin und Kontrolle, sondern um Pluralität und Toleranz. Es werde nicht auf das Spiel der gesellschaftlichen Kräfte eingewirkt, sondern auf die Spielregeln, nicht auf innerliche Unterwerfung der Individuen gezielt, sondern auf ihre Umwelt. Und dennoch bleibt für Foucault letztendlich eben jenes Individuum, das nun über seine Umwelt geformt werden soll, ein zentraler Zielpunkt des (neoliberalen) Regierens.

Diese Vorstellung einer neoliberalen Subjektivierungsmacht hat sich seitdem zu einem überaus fruchtbaren Zweig der kritischen Neoliberalismusforschung entwickelt. Aus der Vielzahl von Studien, die sich mit Aspekten dieser Thematik befassen, sei hier beispielsweise Ulrich Bröcklings Anatomie des unternehmerischen Selbst und seiner Paradoxien und Widersprüche hervorgehoben. Das von ihm beschriebene Subjekt soll risikofreudig und vorsichtig, kreativ und rational, teamfähig und individualistisch sein. Aber vor allem muss es beständig an sich arbeiten, um in der Konkurrenz mit anderen Träger:innen von »Humankapital« bestehen zu können.[14] Die »Kosten« eines Regimes verallgemeinerter Marktkonkurrenz werden hier an den Zurichtungen der Individuen sichtbar, die zwischen widersprüchlichen Handlungsimperativen zerrieben werden und sich beständig fragen müssen, wie sie und ihre »Selbstführung« noch weiter optimiert werden können.[15] Die Währung, in der hier gezahlt wird, ist Erschöpfung, Burnout und Depression.[16]

11 Foucault, Die Geburt der Biopolitik, a.a.O., S. 103.

12 Ebd., S. 209f.

13 Ebd., S. 225.

14 Vgl. Ulrich Bröckling, Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a. M. 2007.

15 Vgl. Greta Wagner, Selbstoptimierung. Praxis und Kritik von Neuroenhancement, Frankfurt a. M./New York 2017.

16 Vgl. Alain Ehrenberg, Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart, Frankfurt a. M./New York 2004.

Andere Autorinnen wie Wendy Brown haben kritisch auf die demokratietheoretischen Implikationen neoliberaler Subjektivierungsmacht hingewiesen.[17] Schließlich entspräche das konkurrenzgestählte Selbst des Neoliberalismus, das rational seinen Nutzen maximiert, nicht unbedingt dem Idealbild der demokratischen Bürgerin, die an einer kooperativ-kollektiven Gestaltung der gemeinsamen Lebensbedingungen teilnimmt. Für den homo oeconomicus bedeute Demokratie vor allem eine Zumutung, weil man sich jederzeit bei kollektiven Entscheidungsprozessen in der Minderheit wiederfinden könne und sich dann einer Mehrheit fügen müsse. Aus der nüchternen Sicht der Nutzenmaximierung bedeute das aber schlicht, dass man die eigenen Präferenzen nicht realisieren könne. Demokratie erscheint in der Perspektive eines so verfassten Subjekts vor allem als Quelle beständiger Frustration und Enttäuschung.

»Die Debatten, ob Foucault dem Neoliberalismus angehangen habe, sind einer kritischen Auseinandersetzung mit seinen Texten äußerst abträglich gewesen.«

Man kann dieser Einschätzung noch Foucaults Hinweis zur Seite stellen, dass der Bestand von Regimen und Institutionen weniger von Gesetzen und Regeln als davon abhängt, ob diese von den entsprechenden Praktiken der Individuen gestützt werden. So sagte er 1982 in einem Interview: »Die Freiheit der Menschen wird nie von Institutionen oder Gesetzen gewährleistet, deren Aufgabe es ist, Freiheit zu garantieren. Deshalb kann man die meisten dieser Gesetze und Institutionen drehen und wenden. Nicht weil sie mehrdeutig wären, sondern weil man ›Freiheit‹ nur ausüben kann.«[18] Es lässt sich also leicht nachvollziehen, wie aus der Forschung zur neoliberalen Subjektivierungsmacht auch instruktive Diagnosen zu den Ursachen der Krise der Demokratie gewonnen werden können.

Foucault und der Ordoliberalismus

Die zugespitzten Debatten über die Frage, ob Foucault Islamismus und Neoliberalismus angehangen habe, sind einer wahrhaft kritischen Auseinandersetzung mit den jeweiligen Texten des französischen Philosophen äußerst abträglich gewesen.[19] Diese lässt sich sowohl auf einer quellenkritischen als auch auf einer theoretischen Ebene führen. So wird einerseits deutlich, dass Foucaults Iran-Essays von der esoterischen Schiismus-Konzeption des französischen Orientalisten Henry Corbin geprägt sind, der die Vorlage für Foucaults Entpolitisierung und Essentialisierung des iranischen Islams liefert.

Andererseits illustrieren diese Texte, wie sich Foucaults Bemühen, die »großen Erzählungen« von Fortschritt, Säkularisierung und Revolution zu dekonstruieren, überschlägt. So ersetzt er diese Begriffe durch eine metahistorische Matrix von Kontingenz, Kultur und Spiritualität, durch die er die in der weiteren Entwicklung

17 Vgl. Wendy Brown, Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört, Berlin 2015.

18 Michel Foucault, Schriften in vier Bänden. Bd. 4: 1980-1988, Frankfurt a. M. 2005, S. 330 (Übers. korr.).

19 Für die Iran-Episode lässt sich diese Polarisierung an zwei entgegengesetzten Publikationen festmachen: Janet Afary und Kevin B. Anderson, Foucault and the Iranian Revolution, Chicago/London 2005 und Behrooz Ghamari-Tabrizi, Foucault in Iran, Minneapolis/London 2016.

entscheidende soziopolitische Strukturierung der Ereignisse in Iran von 1978/79 vollkommen aus dem Blick verliert.[20]

Auch eine quellenkritische Untersuchung der Gouvernementalitätsvorlesungen bringt einen problematischen Einfluss verschiedener Bezugspunkte zutage, nämlich vor allem der Studie »La Pensée économique libérale dans l'Allemagne contemporaine« (1964) von François Bilger, aber auch der Bücher »L'expérience néo-libérale allemande dans le contexte international des idées« von Pierre-André Kunz (1962) sowie »La politique économique de l'Allemagne occidentale« von Jean-François Poncet (1970). Der Bias, den diese Texte zunächst begründen, besteht in einem selektiven Bild des neoliberalen Diskurses, das auf den deutschen Ordoliberalismus fokussiert ist. Dieser scheint Foucault »theoretisch für das Problem der Gouvernementalität […] wichtiger als die anderen zu sein«[21], also auch im Vergleich zu US-Autoren wie Milton Friedman, der in Foucaults Vorlesungen gar nicht vorkommt.

Vor diesem deutschen Hintergrund liegt es deutlich näher, den Neoliberalismus als Regierungspraxis und eine neue Artikulation von Politik und Ökonomie zu fassen denn auf Basis der US-Diskussion. Die deutsche Debatte drehte sich zentral um das Problem der politisch konstituierten Marktordnung, die sich etwa im Kampf gegen Monopole oder der sozialintegrativen »Vitalpolitik« manifestiert, während die US-Debatte viel stärker der Idee einer »Selbstregulation« der Märkte verschrieben war.[22] Insofern konstruiert Foucault durchaus ein für seine Zwecke dienliches Bild des Neoliberalismus, das keinesfalls mit dem Neoliberalismus per se identifiziert werden sollte.

»Foucault sieht im Neoliberalismus ein kritisches Potenzial, da er sich dem Problem der Staatsraison zu entledigen versuche.«

Ferner hat die Forschung zu Foucaults Archiven gezeigt, dass er viele Quellen, insbesondere die Schriften des deutschen Ökonomen Walter Eucken, nie im Original gelesen hat.[23] Das bedeutet im Umkehrschluss, dass Foucaults Bild des Ordoliberalismus entscheidend durch seine Lektüre der Sekundärliteratur geprägt ist und sich manche Selektivitäten und Einordnungen auch dadurch erklären lassen dürften. Umso überraschender ist, dass diese Art der Quellenforschung und -kritik in der mittlerweile unübersichtlichen Fülle von Studien zu Foucaults Verhältnis zum Neoliberalismus noch kaum einen Platz gefunden hat. Und zwar auch insofern, als schon auf den ersten Blick erkennbar ist, dass es sich bei den erwähnten französischen Autoren nicht unbedingt um neutrale beziehungsweise einem rein wissenschaftlichen Projekt verschriebene Gewährsleute handelt.

François Bilger etwa stand den deutschen Ordoliberalen, über die er schrieb, alles andere als distanziert gegenüber. Sein Buchprojekt wurde vom Walter-Eucken-

20 Vgl. Kolja Lindner, Zum Eurozentrismus kritischer Theorien: Marx' Indien und Foucaults Iran, in: Joshua Folkerts, Valerian Thielicke-Witt, Rieke Trimçev und Alexander Weiß (Hg.), Politische Theorie nach dem Eurozentrismus, Baden-Baden (im Erscheinen).

21 Foucault, Die Geburt der Biopolitik, a.a.O., S. 117.

22 Vgl. Thomas Biebricher, Die politische Theorie des Neoliberalismus, Berlin 2021, S. 56-73.

23 Vgl. Carolina Verlengia, Foucault, le néolibéralisme et la question de l'État: un éclairage à partir des fiches de lecture, savoirs.app, 10.9.2026.

Institut in Freiburg und dessen Umfeld gefördert und unterstützt. Bilger stand auch nach der Veröffentlichung in regem Kontakt mit Freiburg und veröffentlichte Texte im Zentralorgan der Freiburger Schule, der Zeitschrift »ORDO«. Dies dürfte auch mit seiner positiven Lesart des Ordoliberalismus und dessen Prägung der bundesrepublikanischen Wirtschaftspolitik zusammenhängen: »Die gegenwärtigen Aussichten für den Wirtschaftsliberalismus sind [...] in Deutschland gut«[24], resümiert er in seinem Buch. Natürlich bedeutet die Nähe zu Freiburg nicht zwangsläufig, dass Bilger einfach als ordoliberaler Propagandist abgestempelt werden kann. Dennoch würde es sich zumindest lohnen, bei diesem Autor etwas genauer hinzusehen. Immerhin war er auch Mitglied der exklusiven Mont Pèlerin Society, dem wohl wichtigsten internationalen Netzwerk von mehr oder weniger prominenten Neoliberalen. Die neoliberalismuskritische Foucault-Rezeption neigt bisweilen dazu, seine Charakterisierungen und Einordnungen des neoliberalen Denkens einigermaßen unkritisch zu übernehmen. Dies wird spätestens dann problematisch, wenn sich herausstellen sollte, dass diese Einschätzungen vor allem von Bilger stammen. Herauszufinden, ob und inwieweit dies der Fall war, ist der Forschung weiterhin aufgegeben.

»Bei der Analyse von kapitalistischen Märkten saß Foucault einer Neutralitätsillusion auf.«

Auf der theoretischen Ebene drängt sich eine andere Problematisierung auf. Foucault sieht im Neoliberalismus ein kritisches Potenzial, da er sich des Problems der Staatsraison zu entledigen versuche. »Die neoliberale Problematik dient dazu, den Souverän zu *diskreditieren*«, hat daher nicht zu Unrecht der französische Philosoph Geoffroy de Lagasnerie festgehalten.[25] An die Stelle der zentralisierten, disziplinarisch oder souverän agierenden Macht tritt der homo oeconomicus bzw. der Markt. Als anonyme Instanz erscheint dieser als das Gegenteil bisheriger Macht- und Regierungsformen. Es ist kein Zufall, dass Foucault im Mai 1978, also einige Monate vor Beginn seiner Vorlesungen zum Neoliberalismus (und im Übrigen auch kurz vor Ausbruch des iranischen Aufbegehrens), Kritik als eine Art anarchische Verweigerung herrschaftlicher Zugriffe bestimmte – als eine »Haltung«, deren Leitmotto »wie man denn nicht regiert wird« laute, bzw. »die Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden«.[26]

Das Problem dieser Präsentation des Neoliberalismus als zeitgenössische Inkarnation von Gesellschaftskritik liegt weniger in den theoriestrategischen Zwecken, die Foucault damit verfolgte. Fragwürdig erscheint vielmehr die Neutralitätsillusion, der Foucault im Zusammenhang mit der Analyse kapitalistischer Märkte aufsaß. Wie der dänische Philosoph Søren Mau zuletzt im Anschluss an die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie gezeigt hat, hört ökonomische Macht nämlich durch die Existenz von freien Märkten nicht auf. Im Gegenteil, im Kapitalismus ist ökonomische Macht durch den Markt vermittelt: »eine unpersönliche, abstrakte und anonyme Form von Macht, die in den ökonomischen Prozessen selbst verankert ist,

24 François Bilger, La Pensée économique libérale dans l'Allemagne contemporaine, Paris 1964, S. 292.

25 Geoffroy de Lagasnerie, La dernière leçon de Foucault. Sur le néolibéralisme, la théorie et la politique, Paris 2012, S. 153.

26 Michel Foucault, Was ist Kritik? Berlin 1992, S. 11 f.

statt sie äußerlich zu ergänzen - stummer Zwang, oder [...] ökonomische Macht«.[27] Ironischerweise hätte Foucault das auch bei niemand anderem als Eucken nachlesen können, aber eben nicht unbedingt bei Bilger. Ersterer konzedierte am Ende seiner »Grundsätze der Wirtschaftspolitik« recht freimütig das ökonomische Herrschaftsmoment und die damit verbundenen Zwänge: »Wenn man die Konsequenzen des Kollektivismus nicht will, dann muss man wollen, dass das Gesetz des Wettbewerbs herrscht. Und wenn der Markt herrschen soll, dann darf man sich auch nicht weigern, sich ihm anzupassen.«[28]

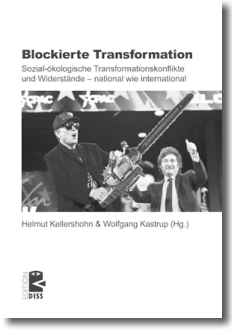
Foucaults hundertster Geburtstag wäre ein guter Anlass, die heißen Eisen aus seinem Spätwerk, allen voran seine Neoliberalismusdiskussion, nicht nur anzupacken, sondern auch zu schmieden. So könnten seine Vorlesungen in ihrer experimentellen Vorläufigkeit rekonstruiert und zugleich in ihrer großen Produktivität gewürdigt werden. Und ferner böten sich Perspektiven aus Ideengeschichte und politischer Theorie an, die Alternativen zu den bisherigen Obsessionen darstellen würden. Dies wäre ein schönes Geburtstagsgeschenk für den Jubilar. ⬡

27 Søren Mau, Stummer Zwang. Eine marxistische Analyse der ökonomischen Macht im Kapitalismus, Berlin 2021, S. 16.

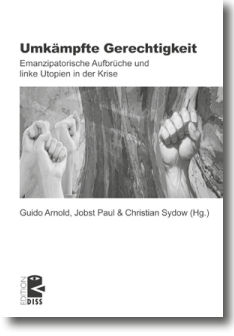
28 Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Erlenbach/Zürich 1960, S. 371.

Anzeige

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung



Edition DISS 54
Blockierte Transformation
Sozial-ökologische Transformationskonflikte und Widerstände
Oktober 2025
330 Seiten | 24,00 €
ISBN: 978-3-89771-783-1



Edition DISS 55
Umkämpfte Gerechtigkeit
Emanzipatorische Aufbrüche und linke Utopien in der Krise
Mai 2026
150 Seiten | 18,00 €
ISBN: 978-3-89771-784-8